AKREF-Nachrichten vom 30.10.2026 bis 06.11.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

2007- 2026 Deutsche Evangelische Allianz e.V. | Umsetzung: b13 GmbH | Kontakt | Spenden | Impressum

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Sechs Kopten nach TikTok-Video wieder frei 3

Äthiopien: Mindestens 60 Christen bei Angriffen getötet 4

Äthiopien: Zwischen Äthiopien und Eritrea herrscht nun Krieg 5

China: Christlicher Aktivist Joshua Wong zu zehn Jahren Haft verurteilt 6

D-A-Ch: Sonntag der Verfolgten Kirche 2026 7

Deutschland: Aufruf zum Gebet für unser Land und unsere Städte 8

Deutschland: Hundert Briefe gegen das Vergessen 9

Deutschland: Jahrbuch Christenverfolgung 2026 auf Deutsch kostenlos erhältlich 10

Deutschland: Rachel - Verstöße gegen Religionsfreiheit nehmen massiv zu 11

Indien: Mob bedroht Christen 12

Indonesien: Großer Plan: 30.000 Missionare! 14

Irak: Regierungschef und Patriarch sprechen über Rückkehr von Christen 15

Israel: Naharia - Vandalismus in christlichem Gebetsraum 16

Jordanien: Delegation der Weltallianz gedenkt der Opfer des Anschlags 17

Kasachstan: Unabhängiger orthodoxer Priester und Kriegsgegner zu 4 Jahren Haft verurteilt 18

Kongo: Gewalt gegen Christen nimmt zu 19

Kuba: Gefangener des Monats November 2026 20

Libanon: Maronitischer Priester ermordet 21

Schweiz: Christen setzen Zeichen gegen Antisemitismus 22

Sudan: Kirchengebäude von Abriss bedroht 23

Syrien: Hilfswerk CSI betreut verlassene Senioren im „Tal der Christen“ 25

Syrien: Lehrpläne werden islamistisch umgestaltet 26

Ukraine: Russischer Raketenangriff auf Kiew - Büro der ukrainischen IGFM-Sektion beschädigt 27

Weltweit: Verstöße gegen Religionsfreiheit nehmen deutlich zu 28

Ägypten: Sechs Kopten nach TikTok-Video wieder frei

Fall in Minya sorgte für religiöse Spannungen

Kairo (IDEA) – In Ägypten sind sechs junge Kopten wieder auf freiem Fuß, die wegen eines TikTok-Videos verhaftet worden waren. Die Behörden hatten das Video als beleidigend für den Islam eingestuft. Darüber berichtet die katholische Nachrichtenplattform EWTN News unter Bezug auf ihren arabischsprachigen Partner ACI MENA. Die jungen Männer im Alter zwischen 17 und 23 Jahren stammen aus der Siedlung Ezbet Tanious im Distrikt Samalut (Provinz Minya). Sie hatten eine Szene aus einem Film nachgespielt und am 4. Oktober veröffentlicht. Wie der ägyptische Publizist und Bürgerrechtsforscher Nader Shukry gegenüber ACI MENA erklärte, mache die Szene keine Religion lächerlich, sondern zeige Gefangene, die für Mobbing und Gewalt bekannt seien und versuchten zu beten, ohne zu wissen, wie. Zahlreiche ägyptische Muslime hätten dieselbe Szene nachgestellt und veröffentlicht, ohne dass es zu vergleichbaren Reaktionen gekommen sei. Nachdem jedoch die jungen Kopten das Video gepostet hätten, habe ein Dorfbewohner sie beschuldigt, den Islam beleidigt zu haben. Die jungen Männer hätten das Video kurz nach der Veröffentlichung bereits wieder gelöscht, so Shukry. Die Aufregung sei jedoch weitergegangen, weshalb die Sicherheitskräfte die Beschuldigten am 6. Oktober in Gewahrsam genommen hätten, um mögliche Angriffe auf Christen und ihr Eigentum zu verhindern. Extremistische Strömungen in Minya hätten versucht, Unruhe zu stiften. Im Dorf habe zudem ein Deeskalationstreffen stattgefunden, an dem sich auch die lokale Kirche beteiligt habe. Formal ist der Fall laut Shukry erst mit einer Entscheidung des Generalstaatsanwalts abgeschlossen, in der Praxis jedoch weitgehend beendet. Er verwies auf die verhältnismäßig kurze Haftzeit der sechs Kopten von weniger als drei Wochen im Vergleich zu ähnlichen Fällen.

Appell zu Vorsicht

Shukry warnte davor, die Handlung eines Einzelnen einer gesamten Religionsgemeinschaft zuzuschreiben. Ein Bürger müsse für sein eigenes Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden; die Christen insgesamt oder ein ganzes Dorf dürften nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Er verwies zudem auf Internetseiten, die Inhalte veröffentlichten, die Christen beleidigten, ohne dafür rechtliche Konsequenzen tragen zu müssen. Zugleich rief Shukry junge Ägypter zur Vorsicht im Umgang mit religiösen Themen in sozialen Medien auf. Viele Christen seien in der Vergangenheit in Verfahren wegen angeblicher Religionsbeleidigung verwickelt worden, weil sie mit dem ägyptischen Recht nicht vertraut gewesen seien.

Alliance Defending Freedom: Fälle wie dieser „tragischerweise weit verbreitet“

Die Menschenrechtsorganisation Alliance Defending Freedom (ADF) hatte zur Freilassung der jungen Kopten aufgerufen. Fälle wie dieser seien in Ägypten „tragischerweise weit verbreitet“, erklärte die Direktorin für globale Religionsfreiheit, Kelsey Zorzi (Washington). Christen seien dort Drohungen, Diskriminierung und Haftstrafen ausgesetzt. Ihre Äußerungen gälten nur deshalb als problematisch, weil sie nicht der Mehrheitsreligion angehörten. Allein im vergangenen Jahr seien zahlreiche Angehörige religiöser Minderheiten strafrechtlich verfolgt und inhaftiert worden, weil sie angeblich blasphemische Inhalte in sozialen Medien veröffentlicht hätten. Als Beispiel nannte ADF den YouTuber Augustinos Samaan. Er wurde zu fünf Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt, weil er in Videos den christlichen Glauben erklärt und verteidigt hatte. Rund 90 Prozent der etwa 118 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Die Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes und gelten als eine der ältesten Kirchen weltweit. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

Äthiopien: Mindestens 60 Christen bei Angriffen getötet

Bei Angriffen auf orthodoxe Christen in der äthiopischen Region Oromia sind nach Angaben der äthiopisch-orthodoxen Tewahedo-Kirche mindestens 60 Menschen getötet worden.

Bewaffnete Angreifer sollen in mehreren Dörfern von Haus zu Haus gezogen sein und Bewohner erschossen oder mit Messern getötet haben. Die Kirche spricht von einem „Massaker" und fordert einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung.

Die Gewalttaten ereigneten sich am 20. und 24. Oktober in den Bezirken Merti und Shirka, südlich der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Nach Angaben der Führungsspitze der Kirche wurden bei dem ersten Angriff 14 Menschen getötet. Vier Tage später kamen in den Dörfern Tereta, Chole und Birbo weitere 46 Menschen ums Leben. Mehr als 20 Personen wurden schwer verletzt, mindestens 20 Häuser niedergebrannt.

Wie die italienische Redaktion von Vatican News unter Berufung auf Augenzeugen berichtet, gingen die Angreifer in mehreren Dörfern gezielt gegen die orthodoxe Bevölkerung vor. Unter den Todesopfern sollen sich auch Kinder und ältere Menschen befinden. Eine Kirche wurde demnach beschädigt, während andere Gotteshäuser in benachbarten Dörfern zahlreichen Flüchtenden Schutz boten.

Orthodoxe Kirche verurteilt Gewalt

Die äthiopisch-orthodoxe Tewahedo-Kirche verurteilte die Angriffe als schwere Verletzung des Rechts auf Leben und der Religionsfreiheit. Sie forderte die Behörden auf, die Zivilbevölkerung wirksamer zu schützen, weitere Gewalttaten zu verhindern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zugleich ordnete die Kirche Gebete für die Opfer in orthodoxen Kirchen und Klöstern weltweit an. Auch die Regionalregierung kündigte an, gegen die Verantwortlichen vorzugehen.

Hintergründe der Angriffe noch unklar.

Die Identität der Angreifer ist bislang nicht abschließend geklärt. Nach Angaben der äthiopischen Behörden soll in der Region ein Rebellenbündnis mit der Bezeichnung „Tsimido" aktiv sein. Diesem sollen unter anderem die Oromo-Befreiungsarmee (OLA), die Amhara-Milizen Fano und Kräfte aus der Region Tigray angehören. Die Behörden werfen dem Bündnis vor, ethnische und religiöse Spannungen zu schüren.

Eine unmittelbare Verantwortungsübernahme für die jüngsten Angriffe liegt jedoch nicht vor. Die Oromo-Befreiungsarmee hatte frühere Vorwürfe, Zivilisten angegriffen zu haben, zurückgewiesen.

Die Gewalt ereignet sich vor dem Hintergrund anhaltender Konflikte zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Gruppen in Oromia. Bereits in den vergangenen Monaten kam es in der Region wiederholt zu tödlichen Angriffen auf Zivilisten. Nach Angaben des Äthiopischen Menschenrechtsrats wurden in Ost-Arsi zwischen 2021/22 und Juni 2026 mindestens 432 Zivilisten bei gezielten Angriffen getötet. Frühere Berichte dokumentierten auch Gewalt gegen Muslime.

(kap/vatican news – vo)

Äthiopien: Zwischen Äthiopien und Eritrea herrscht nun Krieg

auch wenn er nicht erklärt wurde

Addis Abeba (Fides) – Der interne Konflikt in Äthiopien hat sich mittlerweile zu einem nicht erklärten Krieg zwischen dem Land und Eritrea entwickelt. Die Kämpfe konzentrieren sich auf Tigray, wo entlang der Frontlinie Egela-Tsorona gewaltsame direkte Zusammenstöße zwischen äthiopischen und eritreischen Streitkräften ausgebrochen sind. Die Auseinandersetzungen begannen am 30. Oktober, als äthiopische Drohnen und Artillerie eritreische Stellungen in der Nähe des Dorfes Qolo-Berdo bombardierten, und dauerten den ganzen Tag des 31. Oktober an. Am Morgen des Sonntags, dem 1. November, lieferten sich Infanterieeinheiten beider Armeen Nahkämpfe am Boden. Gleichzeitig behaupten die Kräfte aus Tigray, den äthiopischen Regierungstruppen bei den Zusammenstößen zwischen Ahferom und Bizet schwere Verluste zugefügt zu haben.

Addis Abeba wirft der Armee von Asmara vor, zur Unterstützung der tigrayischen Kräfte der Tigray People's Liberation Front (TPLF) in äthiopisches Gebiet eingedrungen zu sein. Dies stellt eine Umkehrung der Bündnisse dar: Während des Krieges von 2020, in dem die äthiopische Armee (Ethiopian National Defense Forces, ENDF) gegen die TPLF kämpfte, standen die eritreischen Streitkräfte an der Seite der äthiopischen Truppen gegen die tigrayischen Kräfte, die heute hingegen Verbündete Asmaras sind (siehe Fides 14.10.2026). Der Einsatz der eritreischen Armee soll auf den 7. Oktober zurückgehen, als ihre Truppen die Grenze bei Zelambesa überquerten und sich in Richtung der Achse Adigrat–Idaga Hamus bewegten. Die äthiopische Regierung beschuldigt Ägypten, den Sudan und andere Mächte – ohne diese jedoch namentlich zu nennen –, hinter dem eritreischen Einsatz zu stehen.

Kairo hat einen langjährigen Streit mit Addis Abeba wegen des Großen Äthiopischen Wiederauferstehungs-Staudamms (GERD; siehe Fides 4.9.2025). Der Sudan hingegen wirft Äthiopien vor, auf seinem Territorium Stützpunkte für Drohnen zu beherbergen, die von Milizionären der „Rapid Support Forces" (RSF) eingesetzt werden, die Angriffe gegen den Sudan verüben (siehe Fides 5.5.2026). Khartum hat beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine formelle Beschwerde eingereicht, in der es geltend macht, dass seit Februar 187 Angriffsdrohnen von äthiopischem Gebiet aus gegen sudanesische zivile Infrastrukturen und Kraftwerke gestartet worden seien. Die TPLF hat sich der „Allianz der äthiopischen Volkskräfte für das Überleben" (Ethiopian Peoples' Forces Alliance for Survival, kurz Alliance for Survival – ASF) angeschlossen, deren Ziel es ist, die Bundesregierung zu stürzen und eine Übergangsregierung zu bilden (siehe Fides 23.9.2026). Dem Bündnis gehören Gruppierungen aus verschiedenen Regionen des Landes an: von Tigray im Norden über die Fano-Milizen der Amhara bis hin zur Oromo-Befreiungsarmee und anderen bewaffneten Gruppen.

Der Bürgerkrieg beschränkt sich somit nicht auf Tigray. In Wuchale und Ambassel im Regionalstaat Amhara kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den Soldaten der ENDF und ihren ehemaligen Verbündeten der Fano-Milizen. Der Bürgerkrieg weist zudem eine Dimension der Auseinandersetzung zwischen Regionen auf. Seit dem 18. Oktober dauern Kämpfe zwischen den Streitkräften der Regionalstaaten Somalia und Oromia an, die sich auf die Stadt Moyale an der Grenze zu Kenia konzentrieren. Letzteres Land hat über 50.000 Äthiopier aufgenommen, die vor den Kämpfen geflohen sind.
Unterdessen hat die russische Regierung angeboten, zwischen Eritrea und Äthiopien zu vermitteln, obwohl sie kürzlich die Luftwaffe von Addis Abeba durch die Lieferung von 12 Su-35-Jagdbombern verstärkt hat.

Moskau hat sich zudem bereit erklärt, vier S-400-Flugabwehr- und Raketenabwehrbatterien zu liefern. Dabei handelt es sich um hochentwickelte Systeme, die vor allem für den Einsatz gegen reguläre Armeen konzipiert und für einen irregulären Konflikt weniger geeignet sind.

(L.M.) (Fides 3/11/2026)

China: Christlicher Aktivist Joshua Wong zu zehn Jahren Haft verurteilt

Gericht sieht „Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften“ als erwiesen an

Hongkong (IDEA) – Der christliche Demokratieaktivist Joshua Wong ist in Hongkong zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 30-Jährige gegen das von Peking 2020 erlassene nationale Sicherheitsgesetz verstoßen und mit „ausländischen Kräften“ zur Gefährdung der nationalen Sicherheit zusammengearbeitet habe. Das Urteil wurde am 5. November am High Court der chinesischen Sonderverwaltungszone verkündet. Richter William Tam erklärte in seiner Urteilsbegründung: „Die Strafe muss der Schwere des Verbrechens entsprechen.“ Zudem sei es nötig, dass das Gericht den „Abscheu der Gemeinschaft“ gegenüber dem Vorgehen des Angeklagten zum Ausdruck bringe. Dem Aktivisten hatte in dem Verfahren eine lebenslange Haftstrafe gedroht.

Wongs Partei wurde 2020 aufgelöst

Wong wurde vorgeworfen, mit dem im Exil lebenden Aktivisten Nathan Law und weiteren Personen ausländische Staaten, Organisationen oder Einzelpersonen dazu aufgefordert zu haben, Sanktionen oder Blockaden gegen Hongkong und China zu verhängen. Die Staatsanwaltschaft verwies auf eine internationale Kampagne der 2020 aufgelösten Partei Demosistō („Steh für das Volk“), deren Anführer Wong war. Dazu gehörten Reisen nach Washington und Treffen mit der damaligen Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (Demokraten), sowie dem heutigen Außenminister Marco Rubio (Republikaner), der damals noch Senator war. Im September hatte Wong sich schuldig bekannt. In der Verhandlung erklärte er jedoch: „Ich habe niemals die Unabhängigkeit Hongkongs befürwortet, noch habe ich jemals den ‚Zusammenbruch Chinas‘ oder einen Regierungswechsel propagiert.“ Er habe auch keine ausländischen Gelder erhalten oder Geld für ausländische Berater ausgegeben. Er sei davon ausgegangen, dass sich seine Aktivitäten im Rahmen des Gesetzes bewegt hätten.

Freilassung voraussichtlich erst 2036

Wong war 2014 als Anführer der von Studenten getragenen „Regenschirmbewegung“ bekanntgeworden, die sich für freie Wahlen in Hongkong einsetzte. Er befindet sich seit November 2020 in Haft. Er war zuvor wegen der Organisation einer nicht genehmigten regierungskritischen Versammlung während der Proteste von 2019 verurteilt worden. Wong wird voraussichtlich erst 2036 das Gefängnis verlassen können. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatte den bekennenden Lutheraner 2020 zu den „Christen des Jahres“ gezählt.

D-A-Ch: Sonntag der Verfolgten Kirche 2026

AKREF: Der Arbeitskreis Religionsfreiheit informiert über verfolgte Christen, schafft Bewusstsein, vernetzt und organisiert Petitionen

Weltweiter Gebetstag Gebetstag für verfolgte Christen

Ein Sonntag im Jahr soll unseren verfolgten Geschwistern gehören, indem wir einen Gottesdienst im Gedenken an verfolgte und bedrängte Mitchristen gestalten und im Gebet für weltweite Religionsfreiheit eintreten.

Unterstützende Materialien und Predigtentwurf

von der Evangelischen Allianz Österreich:

„Und noch etwas sage ich euch: Wenn zwei von euch hier auf der Erde darin eins werden, um etwas zu bitten – was immer es auch sei –, dann wird es ihnen von meinem Vater im Himmel gegeben werden. Denn wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich in ihrer Mitte.“ (Matthäus 18, 19-20) AKREF-A schreibt:

Wir laden euch ein, **am Sonntag, 1. November 2026** mit euren Gemeinden oder auch als Einzelne Teil der globalen Gemeinschaft von Christen zu werden, die an diesem Sonntag der Verfolgten Kirche im Gebet für unsere Geschwister in der Verfolgung einstehen. An Stelle des 1. November kann natürlich auch ein alternativer Termin gewählt werden.

In diesem Jahr wollen wir insbesondere an unsere Geschwister in **Syrien, Nigeria und in der Region Zentralasien** denken.

Syrien ist seit dem Ende des Bürgerkriegs keineswegs ein sicherer Ort für religiöse Minderheiten. In Nigeria werden mehr Menschen wegen ihres christlichen Glaubens bzw. der Zugehörigkeit zu einer Kirche ermordet, als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. In den Ländern Zentralasiens wie Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und insbesondere Turkmenistan leiden Christen unter erheblichen Einschränkungen der Glaubens- und Versammlungsfreiheit.

Weltweit sind Christen die am stärksten verfolgte Glaubensgruppe: Rund 200 Millionen leiden wegen ihres Glaubens unter Benachteiligung, Verfolgung oder Gewalt. Religionsfreiheit wird in vielen Ländern nicht respektiert.

Die Evangelischen Allianz ruft dazu auf, den Sonntag der Verfolgten Kirche (SVK) bewusst im Gebet für verfolgte Mitchristen und für Religionsfreiheit weltweit zu begehen.

Beim SVK kommen Christen aller Konfessionen zusammen, um für leidende Glaubensgeschwister zu beten.

Deutschland: Aufruf zum Gebet für unser Land und unsere Städte

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Geschwister in den Ortsallianzen, Gemeinden, Werken und Initiativen im Netzwerk der Evangelischen Allianz in Deutschland sowie in den internationalen Gemeinden,

angesichts aktueller Entwicklungen und den Aufrufen in sozialen Netzwerken zu gewalttätigen Ausschreitungen rund um den 31. Oktober rufen wir zum Gebet auf.

Wir laden dazu ein, am Reformationstag (31.10.) in Ortsallianzen, Gemeinden oder anderen geeigneten Rahmen gemeinsam für Frieden, Besonnenheit und ein respektvolles Miteinander in unserem Land zu beten.

Lasst uns für unsere Städte und Gemeinden eintreten, für Frieden auf den Straßen, für den Schutz von Familien, Kindern und älteren Menschen. Dass am Reformationstag nicht Wut, Chaos und Zerstörung gefeiert werden, sondern die versöhnende und lebensschaffende Kraft des Evangeliums sichtbar wird. Wir beten auch um Schutz für unsere Geschwister mit Migrationshintergrund, dass sie nicht in falsche Schubladen gesteckt oder in einem zynischen "politischen Spiel" instrumentalisiert werden, sondern auch durch ihr Gebet als Friedensstifter wahrgenommen werden.

Beten wir besonders für die Frauen und Männer bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und alle Verantwortlichen, die sich für Sicherheit und das Wohl der Menschen einsetzen.

Bitten wir unseren Vater im Himmel, dass Spannungen nicht weiter eskalieren, dass Gewalt, Hass und Zerstörung keinen Raum gewinnen und Menschen Wege des respektvollen Miteinanders finden. Beten wir um Weisheit für Verantwortliche, um Bewahrung für Betroffene, Versöhnung und um den Frieden Jesu Christi für unser Land.

Lasst uns auch für alle Menschen beten, die sich in diesen Tagen verunsichert, bedroht oder belastet fühlen. Insbesondere bitten wir um Schutz für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für jüdische Gemeinden und Einrichtungen.

Gottes Wort ermutigt uns:

„Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.“ Jeremia 29,7

Möge die Gemeinde Jesu in diesen Tagen als eine betende, hoffende, versöhnende und segnende Gemeinschaft sichtbar werden.

Herr, erbarme Dich über unsere Städte und schenke Frieden. Amen.

Es grüßt herzlich

Ihr
Reinhardt Schink

Deutschland: Hundert Briefe gegen das Vergessen

(IDEA) Ein Bibelwort ließ Samuel Hans Queck nicht mehr los. Seitdem setzt sich der 92-Jährige aus Metzingen bei Tübingen für Christen ein, die wegen ihres Glaubens im Gefängnis sitzen. Inzwischen hat er seinen hundertsten Brief an unterschiedliche Botschaften und Konsulate geschrieben. Ein Bericht von IDEA-Redakteur Philipp Graß

Brief um Brief schickt Samuel Hans Queck an Botschaften und Konsulate in Deutschland. Darin bittet er um die Freilassung von inhaftierten Christen. Was ihn mit ihnen verbindet, ist der Glaube an Jesus Christus. Für diesen Glauben sitzen sie im Gefängnis. Der 92-Jährige will dazu beitragen, dass sich das ändert.

„Was ihr getan habt …“

Den Anstoß gab ein Bibelvers, erzählt der Rentner. In Matthäus 25,40 sagt Jesus: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Seitdem ist für Queck klar: „Wer Jesus liebt, darf die verfolgten Christen nicht vergessen.“ Er schäme sich nicht, seinen Glauben und seine Liebe zu den gefangenen Mitchristen „vor weltlichen Instanzen offen zu bekennen“. Nach dem hundertsten Brief habe er einen tiefen geistlichen Frieden verspürt. Aufhören will der Senior, der heute in einem Altenheim lebt, trotzdem nicht, „weil die Verfolgung nicht aufhört, sondern weltweit zunimmt“. Auch Gott vergesse die Seinen nicht. Orientierung gibt ihm die IDEA-Berichterstattung über den „Gefangenen des Monats“ (. Seit rund 25 Jahren benennen IDEA und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) monatlich einen Christen – beispielhaft für Tausende weltweit, die aus Glaubensgründen hinter Gittern sitzen. Verbunden damit die Bitte, in Briefen an die jeweiligen Staatsoberhäupter darauf zu drängen, sich für die Freilassung der Genannten einzusetzen.

Leerstelle in den Fürbitten

Queck leidet darunter, dass verfolgte Christen in kirchlichen Abkündigungen und Fürbittgebeten oft nicht vorkommen. Er ruft alle Christen auf, ihre verfolgten Geschwister zu lieben wie sich selbst und sich für sie einzusetzen. Den Verfolgten gilt nach seinen Worten sogar eine besondere Verheißung. Er verweist dabei auf die Seligpreisung in Matthäus 5,10: „Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn ihrer ist das Himmelreich.“

Antworten auf seine Briefe hat Queck bisher nicht bekommen. Wie es den Gefangenen weiter ergeht, erfährt er aus den IDEA-Berichten. Den Verantwortlichen in den Konsulaten, ob sie nun seine Briefe oder diesen Bericht lesen, sagt er klar: „Vor Gott, dem Höchsten, sind alle Menschen gleich würdig.“ Es stehe ihnen nicht zu, Christen allein wegen ihres Glaubens unrechtmäßig zu verurteilen.

Deutschland: Jahrbuch Christenverfolgung 2026 auf Deutsch kostenlos erhältlich

(AKREF) Das Standardwerk zur Religionsfreiheit 2026 und das Standardwerk zur Verfolgung von Christen 2026 - in einem Buch zusammen gebunden – ist seit 3. November erhältlich.

Länderberichte, Entwicklungen, Kommentare werden von Experten aus aus Politik, Wissenschaft und Praxis gesammelt, unter anderem Volker Kauder und Thomas Rachel, dem Beauftragten der Bundesregierung für Religionsfreiheit.

Auch menschenrechtliche Fragen kommen zur Wort. Interessant ist ein Kommentar des Erlanger Politologen Heiner Bielefeldt zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2020 zum Thema Suizid – Assistenz. Er sieht darin einen verengten und entleerten Autonomiebegriff. Seine These: Autonomie ist nicht nur ein Anspruch des Menschen, sondern Anspruch an den Menschen, der seine Freiheit nicht „verscherbeln“ darf.

Herausgegeben wird es für den Arbeitskreis für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz in Deutschland und Österreich sowie die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz, das Internationale Institut für Religionsfreiheit und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte von Thomas Schirrmacher, Martin Lessenthin und Martin Warnecke.

Die Druck-Ausgabe hat die ISBN 978-3-86269-345-0.

Download ist kostenlos möglich unter

Jahrbuch Christenverfolgung

https://iirf.global/wp-content/uploads/2026/11/978-3-86269-344-3.pdf

Jahrbuch Religionsfreiheit

https://iirf.global/wp-content/uploads/2026/11/978-3-86269-345-0.pdf

Deutschland: Rachel – Verstöße gegen Religionsfreiheit nehmen massiv zu

Jahrbücher für „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung von Christen“ vorgestellt

Berlin (IDEA) – Laut dem Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), haben die Verstöße gegen Religionsfreiheit massiv zugenommen. Er sprach aus Anlass der Veröffentlichung der Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ am 3. November in Berlin. Sie werden herausgegeben für die Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie für das Internationale Institut für Religionsfreiheit und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Rachel nannte drei Beispiele: Erstens Nicaragua unter der autokratischen Herrschaft von Daniel Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo als Co-Präsidentin. Religiöse Akteure würden in dem mittelamerikanischen Staat überwacht, unterdrückt und verfolgt. Kirchliche Veranstaltungen würden verboten und kirchliche Einrichtungen geschlossen. Zudem sei es wiederholt zur Verhaftung und Ausweisung von Geistlichen und Laien gekommen. Als zweites Beispiel nannte Rachel die Islamische Republik Pakistan. Das dort geltende Blasphemiegesetz sei eines der schärfsten der Welt. Vorwürfe der Gotteslästerung würden oft in privaten Streitfällen oder zur Erpressung religiöser Minderheiten genutzt. Staatliche Stellen schützten davor nur unzureichend. Zwischen 30 und 80 Personen befänden sich mit einem Todesurteil wegen Blasphemie in Haft. Als drittes Beispiel führte Rachel die kommunistische Volksrepublik China an. Dort werde es immer schwerer, den Glauben zu praktizieren. Der Gestaltungsspielraum von Religionsgemeinschaften werde immer weiter eingeschränkt. So komme es zu dichter Überwachung, willkürlichen Festnahmen und langjährigen Gefängnisstrafen gegen Christen.

Schirrmacher: Horrormeldungen nehmen kein Ende

Der Präsident des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, Prof. Thomas Schirrmacher (Bonn), sagte, die „Horrormeldungen über religiöse Verfolgung“ nähmen kein Ende. Die Religionsfreiheit sei weltweit gleich doppelt bedroht: durch diejenigen, die sie mit Füßen treten, und durch diejenigen, die sie aus der internationalen Politik verdrängen. Selbst Fachleute könnten kaum noch den Überblick behalten. So breite sich in Afrika das Morden islamistischer Extremisten an Christen, gemäßigten Muslimen und Angehörigen traditioneller Religionen immer weiter aus. Regierungen, die religiöse Minderheiten unterdrückten, müssten immer seltener mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Dagegen helfe nur eine breite, religionsübergreifende Allianz von Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern, religiösen Führungspersönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen.

Zentralrat Orientalischer Christen setzt sich für Alawiten ein

Der Vorsitzende des Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland, Kenan Araz (Augsburg), forderte den Schutz von bedrohten Religionsgemeinschaften in Syrien. So gebe es wiederkehrende Hinweise auf Entführungen, Verschwindenlassen, sexualisierte Gewalt und Zwangsverheiratung von alawitischen Frauen und Mädchen. Die Alawiten sind eine Sondergemeinschaft, die zum schiitischen Spektrum des Islams gehört. Araz: „Unsere Solidarität gilt Alawiten, Christen, Drusen, Jesiden und allen anderen bedrohten Menschen.“ Syriens Zukunft brauche gleiche Rechte für alle. Laut den Jahrbüchern hat sich auch die Situation im Iran, Ägypten sowie in Kuba verschärft. Eine Besonderheit sei zudem der „Missbrauch des Glaubens als ideologische Waffe und Legitimierung von Kriegsverbrechen durch Russland“.

Indien: Mob bedroht Christen

Eine Familie in Indien hat beschlossen, ihr Haus zu verlassen, anstatt Christus abzuschwören, nachdem die Polizei zugelassen hatte, dass ein Mob von mehr als 150 hinduistischen Extremisten, die darauf aus waren, sie zu töten, sie schwer verprügelte.

Die Verletzungen, die Vikas Salam und drei weitere Personen am 21. September im Dorf Bhandardigi im Block Durgukondal im Bezirk Kanker im Bundesstaat Chhattisgarh erlitten, erforderten eine stationäre Behandlung, da die Angreifer Frauen, Kinder und ältere Menschen schlugen, während die Polizei ihre Hilferufe ignorierte.

Der Mob griff drei christliche Familien an, schlug sie mit Stöcken, verwüstete ihre Häuser und drohte, sie aus dem Dorf zu vertreiben, weil sie sich weigerten, ihrem Glauben an Christus abzuschwören. Auch lokale Beamte übten später Druck auf die Familien aus, ihrem Glauben abzuschwören.

„Wir folgen Jesus seit zehn Jahren“, sagte der 24-jährige Salam gegenüber Morning Star News. „Die Dorfbewohner sagten uns, wir müssten entweder zum Hinduismus zurückkehren oder das Dorf verlassen.“

Die drei christlichen Familien, insgesamt 18 Mitglieder, sind miteinander verwandt und sind die letzten verbliebenen Christen im Dorf. Sie blieben trotz heftiger Widerstände in den vergangenen Jahren standhaft in ihrem Glauben, doch der Widerstand habe sich in den letzten drei Jahren verschärft, angeheizt von lokalen hinduistischen Extremisten, so Salam.

Obwohl die Stammesvölker keine Hindus sind, haben jahrzehntelange Kampagnen rechter hinduistischer Gruppen in Chhattisgarh die Grenzen zwischen der Religion der Stammesvölker und dem Hinduismus absichtlich verwischt und so einen synkretistischen Glauben geschaffen. Christliche Führer halten jedoch daran fest, dass es sich um eine erzwungene Bekehrung zum Hinduismus handelt.

„Es gab noch andere christliche Familien im Dorf, aber sie [alle Stammesangehörigen] wurden alle gewaltsam zum Hinduismus bekehrt“, sagte Salam. „Doch wir haben trotz des extremen Drucks durchgehalten.“

Zuvor versammelten sich die Christen zum Gottesdienst in Salams Haus, doch nachdem sie auf großen Widerstand gestoßen waren, waren sie gezwungen, auf ihrem eigenen Ackerland außerhalb des Dorfes einen Raum zu errichten und begannen, sich dort zu versammeln.

„Sie ließen uns nicht in unserem Haus sitzen und beten“, sagte Salam. „Also bauten wir einen Raum auf dem Acker und begannen, uns dort zu treffen und zu beten. Aber die Dorfbewohner kamen auch dorthin und fingen an, uns zu belästigen.“

Der Druck verschärfte sich, als ein Mob von Dorfbewohnern ab dem 6. September an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen die christliche Versammlung störte, sagte er. Die christlichen Familien seien zwischen dem 13. und 20. September sechsmal vor den Dorfvorsteher und den Dorfrat geladen worden, sagte er.

„Bei allen sechs Gelegenheiten habe ich ihnen ausdrücklich gesagt, dass wir, wo auch immer wir leben, mit Jesus Christus leben werden“, sagte Salam. „Wenn wir nicht in diesem Dorf leben dürfen, werden wir unser Leben woanders verbringen, aber wir werden unseren Glauben an Christus nicht aufgeben.“

Jedes Mal seien die Christen mit Schimpfwörtern beschimpft und damit bedroht worden, geschlagen, ausgegrenzt und aus dem Dorf vertrieben zu werden, sofern sie nicht Christus abschwören und den Hinduismus annehmen würden, sagte er.

„Uns wurde untersagt, die staatlich subventionierten Lebensmittelrationen in Anspruch zu nehmen, die jeden Monat verteilt werden“, fügte Salam hinzu, dessen Familie auf diese Rationen aus Reis, Weizen, Speiseöl und anderen Grundnahrungsmitteln angewiesen ist.

„Sie sagten uns, dass sie unser Ackerland beschlagnahmen würden. ‚Wollt ihr Land oder Jesus Christus? Ihr müsst euch für eines entscheiden‘, sagten sie“, fügte Salam hinzu.

Vikas´Verwandter Ram Salam und die Vertreter der beiden anderen Familien gaben dem Druck nach und erklärten sich im Namen ihrer jeweiligen Familien bereit, zum Hinduismus zu konvertieren.

„Wir müssen uns selbst, unser Land und unseren Besitz retten“, sagte Ram Salam zu seinem Sohn.

Die Dorfbewohner verlangten von den drei Familien zudem ein religiöses Opfer, und sie hatten keine andere Wahl, als es zu bringen, erzählte Ram Salam ihm.

Seitdem haben die Dorfbewohner Vikas Salam und die anderen immer wieder aufgefordert, gemeinsam mit ihnen an den Ritualen für ihre Gottheiten teilzunehmen, doch sie sind dieser Aufforderung nicht nachgekommen, sagte er.

„Wir werden Christus nicht verleugnen, denn seit dem Tag, an dem wir zu glauben begannen, hat sich unser Leben verändert“, sagte er. „Früher tranken wir Alkohol, gerieten in Schlägereien und Streitigkeiten. Es war ein erbärmliches Leben, das wir führten. Jetzt haben wir damit abgeschlossen; wir leben nicht mehr so wie früher.“

Bis sie das Dorf verlassen können, bleibt die Familie dort unter ständigem Druck und der Gefahr, jederzeit angegriffen zu werden. Da der Vater und die beiden anderen Vertreter der anderen Familien dazu gedrängt wurden, ihren Glauben aufzugeben, warten die Dorfbewohner nun darauf, dass Vikas Salam und seine Familie nachgeben.

„ „Anfangs begannen wir, Christus nachzufolgen, weil wir körperliche Heilung erfahren hatten, aber als wir die Bibel lasen, stellten wir fest, dass der Herr uns ewiges Leben schenkt“, sagte er. „Deshalb wollen wir Christus nicht aufgeben. Wir haben beschlossen, unser Land, unseren Besitz, unser Zuhause und unser angestammtes Dorf zu verlassen. Wir werden in einer weit entfernten Stadt leben, wo wir die Freiheit haben, in die Kirche zu gehen und Jesus anzubeten, selbst wenn wir als Tagelöhner arbeiten müssen. “

Obwohl der Indische Nationalkongress (INC) von 2018 bis 2023 in Chhattisgarh an der Macht war, hält der Kandidat der Bharatiya Janata Party (BJP) von Premierminister Narendra Modi seit 1998 ununterbrochen den Sitz im Parlament im Wahlkreis Kanker Lok Sabha. Die BJP wurde im Dezember 2023 erneut an die Macht gewählt.

Indien belegte Platz 12 auf der „World Watch List 2026“ der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, einer Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

https://morningstarnews.org/2026/10/christians-in-india-lose-ancestral-home-for-faith-in-christ/

Indonesien: Großer Plan: 30.000 Missionare!

„Wir sind gesegnet, um andere zu segnen“: Mit dieser Vision wollen indonesische Christen eine weltweite Missionsbewegung anstoßen

Indonesische Christen haben sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2033 sollen insgesamt 30.000 Indonesier in anderen Ländern als Missionare arbeiten. Darüber berichtet Timothy Goropevsek in einem Beitrag für Christian Daily International (CDI) unter Berufung auf das Indonesische Bündnis für Weltmission (ALUSIA). Vorsitzender ist Dr. Bambang Budijanto, zugleich Generalsekretär der Asia Evangelical Alliance. Im Oktober traf er Pastoren indonesischer Gemeinden in New York und Philadelphia. Es waren die ersten Treffen einer geplanten Reihe mit Auslandsgemeinden. „Wenn wir allein davon träumen, wird es nicht geschehen“, sagte Budijanto im Gespräch mit CDI. „Wenn viele gemeinsam träumen, kann es gelingen.“

Gesegnet, um zu segnen

Die ersten christlichen Missionare kamen 1534 auf die Molukken im Osten Indonesiens. Heute zählt Indonesien rund 30 Millionen Christen. Budijanto sieht darin eine Verpflichtung: „Wir sind anderen Nationen etwas schuldig.“ Die Erweckungen der vergangenen Jahrzehnte versteht er als Vorbereitung auf die missionarische Aussendung. Gott habe Indonesien „mit Absicht“ so viel Erweckung geschenkt, sagte er: „Wir sind gesegnet, um andere zu segnen.“ Mittlerweile staginiere das Wachstum der Kirchen jedoch. Budijanto bringt das mit geringer Weitergabe des Evangeliums in Verbindung.

Frühere Anläufe scheiterten

Schon seit den 1970er Jahren hätten Kirchenleiter den Wunsch geäußert, indonesische Missionare in andere Länder zu entsenden, erklärte Budijanto. Bislang seien jedoch alle Versuche gescheitert. Dieses Mal sei es anders. 2023 hätten Vertreter von etwa 14 Organisationen mit Auslandserfahrung gemeinsam entschieden, dies sei der von Gott gesetzte Zeitpunkt. Seitdem fanden Konferenzen in Bali, Jakarta und in mehreren Provinzen statt, heißt es.

Nicht nur Zahlen zählen

Im Jahr 2020 gab es nach Budijantos Angaben rund 800 indonesische Missionare, mehr als die Hälfte davon unter Landsleuten im Ausland. Die Zielmarke entspreche etwa 0,1 Prozent der Christen im Land. „Es ist nicht leicht, aber machbar“, sagt Budijanto. Gemessen werde der Fortschritt daran, wie viele Gemeinden sich der Mission öffnen. Mindestens 20 Prozent der Kirchen sollen das tun. Als Missionar versteht ALUSIA jeden Indonesier, der gezielt Menschen ohne indonesischen Pass erreicht und im Glauben begleitet. Das könne auch in Indonesien geschehen, etwa unter Russen auf Bali.

Als ersten Ansatzpunkt sieht das Evangelisations-Bündnis die mehr als 500 indonesischen Gemeinden weltweit. Die meisten davon befinden sich in den USA. Sie müssten ihre Aufgabe neu verstehen, so Budijanto: „Wir sind nicht für Indonesier da, sondern um Indonesier zu Missionaren für andere Menschen auszubilden.“

Im Oktober 2027 soll die erste weltweite Konferenz indonesischer Missionare stattfinden. Der Ort steht noch nicht fest. Im Gespräch sind Bali, Singapur und Malaysia.

*Diesen Artikel haben wir von **C-Heute** übernommen. Das neue Newsportal C-Heute bietet verlässliche christliche Inhalte. Das wachsende Angebot umfasst Nachrichten aus Kirche, Gesellschaft und Weltgeschehen. Dazu kommen Hintergrundberichte, Interviews und Kommentare sowie Beiträge zu Spiritualität, Gemeinde und Glaubensleben.*

www.jesus.de

Irak: Regierungschef und Patriarch sprechen über Rückkehr von Christen

Hunderttausende waren als Folge von Krieg und Verfolgung ausgewandert

Bagdad (IDEA) – Wie kann man die Rückkehr ausgewanderter oder vertriebener Christen in den Irak fördern? Darüber haben der dortige Ministerpräsident Ali Faleh al-Zaidi und der Patriarch der Syrisch-katholischen Kirche, Ignatius Josef III. (Younan) bei einem Treffen am 2. November gesprochen. Das berichtete die katholische Nachrichtenagentur SIR (italienisch für Servizio Informazione Religiosa) unter Berufung auf das Pressebüro der Regierung in Bagdad. Dabei habe al-Zaidi – der schiitische Muslim amtiert seit Mai – das Engagement der Regierung bekräftigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich rückkehrwillige Bürger wieder in ihrem Heimatland niederlassen. Rückkehrer könnten von der Regierungsinitiative „Watan“ (Heimat) profitieren. Sie sieht die Zuteilung von Bauland für Wohnraum vor. Der Regierungschef habe ferner angeordnet, die Verfahren zur Ausstellung von Personalausweisen für im Ausland lebende Iraker zu vereinfachen. Die Kirchen im Irak beklagen seit langem die schrumpfende Zahl der Christen durch Abwanderung. Anfang der 2000er Jahre lebten dort noch 1,3 bis 1,5 Millionen Christen. Als Folge von Krieg und Verfolgung haben seither Hunderttausende das Land verlassen. Heute leben nach Schätzungen zwischen 150.000 und 250.000 Christen im Irak. Wie es weiter hieß, würdigte Patriarch Younan bei dem Gespräch die Initiativen der irakischen Regierung, damit im Ausland lebende Iraker zurückkehren. Er äußerte ferner die Hoffnung, dass die Bevölkerung im Irak in einem Klima der Sicherheit, Stabilität, des Friedens und der Brüderlichkeit leben kann. Die Syrisch-katholische Kirche hat nach Angaben der Stiftung Pro Oriente (Wien) rund 120.000 Mitglieder. Sitz des Patriarchen ist die libanesische Hauptstadt Beirut.

Israel: Naharia - Vandalismus in christlichem Gebetsraum

Priester spricht Vergebung aus

(Von Israelnetz vom 2. November 2026) Die Polizei hat am Sonntag Ermittlungen wegen Vandalismus in einer christlichen Gebetsstätte in Naharia aufgenommen. Unbekannte verwüsteten den in einem städtischen Gebäude untergebrachten Raum und zerstörten christliche Symbole. Genutzt wird der Raum von den ehemaligen Mitgliedern der Südlibanesischen Armee, die die israelischen Truppen im Südlibanon unterstützt hatten. Nach deren Abzug im Jahr 2000 flohen einige Tausend samt Familien nach Israel. Nach Angaben des Priesters der Gemeinde, Rody Nura, ist das der erste Vorfall dieser Art. Er sei schockiert, vergebe aber den Tätern. (mw)

Jordanien: Delegation der Weltallianz gedenkt der Opfer des Anschlags

Generalsekretär Mansour legt Kranz am Märtyrerfriedhof nieder

Amman (IDEA) – Eine Delegation der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) hat im jordanischen Dorf Hammoud (Provinz Karak) der Opfer des Terroranschlags auf eine christliche Trauerfeier gedacht. WEA-Generalsekretär Botrus Mansour legte am 2. November am Märtyrerfriedhof einen Kranz nieder. Bei dem Anschlag am 23. Oktober auf die griechisch-orthodoxe Kirche in Hammoud waren neun Christen getötet und mehr als 40 weitere verletzt worden. Die Beisetzung der getöteten Christen fand dort zwei Tage später statt. An der Kranzniederlegung nahmen unter anderen der Präsident des Baptistenbundes in Jordanien, Nabih Abbasi, und der Vorsitzende der Evangelischen Allianz im Nahen Osten und Nordafrika, Jack Sara, teil. Mansour erklärte, das Verbrechen habe die Verantwortlichen „bis ins Mark erschüttert“. Jordanien sei „eine Oase der Toleranz und vollen Bürgerrechte für alle Menschen, ohne jegliche Unterscheidung zwischen Muslimen und Christen“. Die Reaktion von König Abdullah II. sei entschlossen und mutig gewesen – „nicht nur in Worten, sondern auch in Taten“. Die Delegation werde „Hunderte Millionen Evangelikale“ weltweit dazu ermutigen, Jordanien zu besuchen – besonders im Vorfeld des 2.000. Jahrestages der Taufe Jesu Christi im Jordan. Die WEA wurde 1846 in London gegründet und vertritt nach eigenen Angaben rund 650 Millionen Evangelikale in 163 nationalen Allianzen. Von den 11,5 Millionen Einwohnern Jordaniens bekennen sich 95 Prozent zum Islam, rund 1,5 Prozent sind Christen unterschiedlicher Konfessionen.

Kasachstan: Unabhängiger orthodoxer Priester und Kriegsgegner zu 4 Jahren Haft verurteilt

AKREF-A/05.11.26 - Am Abend des 7. Oktober 2026 verurteilte Richter Zhasulan Khusainov vom Bezirksgericht Nr. 2 für den Bezirk Medau von Almaty nach nichtöffentlicher Verhandlung den 40 Jahre alten unabhängigen orthodoxen Priester Yakov Vorontsov aufgrund von Anklagen im Zusammenhang mit Drogen zu 6 Jahren Haft. Aufgrund einer Amnestie wurde die Strafe auf 4 Jahre reduziert. Vorontsov bestreitet, jemals Drogen besessen oder konsumiert zu haben.

„Das heute ergangene Urteil ist nach unserer Meinung rechtswidrig," erklärte Vorontsovs Anwalt Galym Nurpeisov nach der Verhandlung gegenüber dem Internationalen Büro für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit von Kasachstan. „Es wurden keine Beweise vorgelegt. Das haben wir nachgewiesen. Wir sind mit dem Urteil nicht einverstanden." Der Anwalt betrachtet den Schuldspruch und die verhängte Haftstrafe als „politisch motivierte Verfolgung".

Beamte behaupteten, man hätte während einer Razzia durch die Polizeieinheit OMON in der Wohnung von Yakov Vorontsov am 13. Februar, bei der auch Hunde eingesetzt wurden, 2,44 Gramm einer Droge gefunden. Doch das Strafverfahren wurde bereits vor dem Tag, an dem die Razzia stattfand, eingeleitet. Seither sitzt Vorontsov in Untersuchungshaft. Von Mai bis Juli wurde er einer zwangsweisen psychiatrischen Beurteilung unterzogen, die jedoch ergab, dass er psychisch gesund ist.

„In das Haus, in dem ich wohnte, haben sie verbotene Substanzen eingeschmuggelt", schrieb Vorontsov am 14. Oktober aus dem Gefängnis. „Mir wurde vorgeworfen, synthetische Drogen zu lagern, die ich niemals konsumiert und niemals berührt habe."

Vorontsov hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Bis zur Berufungsverhandlung bleibt er im Untersuchungsgefängnis von Almaty. Seine Schwester Svetlana Mitko konnte ihn am 21. Oktober im Untersuchungsgefängnis besuchen. Sie berichtete, dass es ihrem Bruder gut ginge und er ihren Besuch als großen Trost erlebt hätte. Sie berichtete: „Er kämpft weiterhin für Gerechtigkeit. Man hat sogar versucht, ihn unter Druck zu setzen, ein Geständnis zu unterschreiben, sie haben es praktisch verlangt, aber er hat sich geweigert. Sie haben sich den Falschen dafür ausgesucht."

Yakov Vorontsov, der eine junge unabhängige orthodoxe Pfarre leitet, seitdem ihn das Moskauer Patriarchat seines Priesteramts enthoben hat, verteidigt sein Handeln schon seit mehreren Jahren. „Ich spreche mich schon lange offen und öffentlich gegen militärische Aggression aus und unterstütze die Ukraine, die in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit mit dem Bösen konfrontiert ist. Ich stehe nach wie vor zu dieser Überzeugung. Ich habe mich schon lange mutig und öffentlich gegen die Politisierung und Militarisierung der Russisch-Orthodoxen Kirche ausgesprochen."

„Und jetzt bin ich hier im Gefängnis", fügte Vorontsov hinzu. „Natürlich wurde das alles getan, um die Registrierung unserer Gemeinschaft zu verhindern." Die Behörden haben schon mehrmals Registrierungsanträge der unabhängigen Pfarre abgelehnt, die sich langfristig dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel unterstellen möchte.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 23. Oktober 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Kongo: Gewalt gegen Christen nimmt zu

Vierzehn Christen wurden bei zwei getrennten Angriffen von Islamisten in der Provinz Haut-Uélé im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo enthauptet. Diese Morde sind die ersten, bei denen die „Provinz Zentralafrika des Islamischen Staates“ (ISCAP) Gläubige in dieser Provinz ins Visier genommen hat. Es ist bekannt, dass die ISCAP zwischen Ende 2024 und Mitte 2026 im Nordosten des Kongo rund 1.150 Gläubige getötet hat.
An anderer Stelle im Land leidet Süd-Kivu unter Armut und anhaltenden Konflikten aufgrund der Rebellenbewegung M23 und anderer aktiver bewaffneter Gruppen. Ein von einem internationalen christlichen Hilfswerk ins Leben gerufenes Schweinezuchtprojekt bietet Familien in der Region eine wichtige Einkommensquelle. Jede Familie gibt ein Ferkel aus dem ersten Wurf an eine andere bedürftige Familie weiter, die den Prozess dann fortsetzt und so den Nutzen vervielfacht.

Barnabas Aid

Kuba: Gefangener des Monats November 2026

Pastor wegen geplantem Gebetstreffen in Haft. Die Behörden werfen ihm „Ungehorsam“ vor

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats November 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA Pastor Maikel Pupo Velázquez aus Kuba benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den evangelischen Gemeindeleiter einzusetzen. In dem karibischen Inselstaat kontrolliert noch immer die Kommunistische Partei jegliche religiösen Aktivitäten. Laut einem Bericht der britischen Organisation Christian Solidarity Worldwide wurde Velázquez am 26. September in Camagüey von staatlichen Sicherheitskräften festgenommen und zunächst ohne Verbindung zur Außenwelt eingesperrt. Seine Familie erfuhr erst bei der Suche nach ihm von seinem Verbleib. Inzwischen wurde er in das Gefängnis „La Cerámica Roja“ verlegt. Der Gründer der nicht staatlich registrierten Gemeinschaft „Kirche des heiligen Segenswortes des Feuers“ plante ein großes Treffen im Stadion „Cándido Gonzalez Morales“ in Camagüey, bei dem für Kuba gebetet werden sollte. Am 25. September erhielt er deswegen eine Vorladung von den Behörden, der er Folge leistete. Auf staatliche Anweisung hin sagte er die Veranstaltung ab. Zugleich wurde er darauf hingewiesen, dass er die Verantwortung dafür trage, wenn sich trotz der Anordnung Gäste dort einfinden sollten. Um sicher zu gehen, dass alle Eingeladenen von der Absage erfahren, begab er sich zum ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungsort. Als er sich diesem näherte, nahmen ihn Beamte fest. Die Behörden werfen ihm „Ungehorsam“ vor. Es handelt sich nicht um die erste Festnahme: Bereits im Juli 2025 war Velázquez abgeführt worden. Er hatte versucht, zwei politischen Gefangenen unter anderem mit Medikamenten zu helfen. Es ist zudem bekannt, dass er insbesondere unter jungen Leuten aktiv und erfolgreich für seinen christlichen Glauben wirbt. Die IGFM und IDEA bitten um Appelle an den kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel, sich für die umgehende Freilassung des Christen einzusetzen. Von den rund elf Millionen Bewohnern Kubas sind 53 Prozent Katholiken, 22 Prozent nicht religiös, 17 Prozent Spiritisten und sieben Prozent Protestanten.

Musterbrief:

Staatspräsident Miguel Díaz Canel
c/o Botschaft der Republik Kuba
Stavangerstr. 20
10439 Berlin
Fax: 030 9164553
Exzellenz,
bitte gestatten Sie mir, dass ich mich aus Sorge um den evangelischen Pastor Maikel Pupo Velázquez an Sie wende. Er wurde am 26. September 2026 in Camagüey von staatlichen Sicherheitskräften unter dem Vorwurf des „Ungehorsams“ festgenommen und zunächst ohne Verbindung zur Außenwelt eingesperrt. Seine Familie erfuhr erst durch die Suche nach ihm von seinem Verbleib. Inzwischen befindet er sich im Gefängnis „La Cerámica Roja“.
Velázquez gründete die Gemeinschaft „Kirche des heiligen Segenswortes des Feuers“ und plante ein großes Treffen im Stadion „Cándido Gonzalez Morales“ in Camagüey, bei dem für Kuba gebetet werden sollte. Am 25. September 2026 erhielt er eine Vorladung und sagte die Veranstaltung auf Anordnung der zuständigen Behörde ab. Er ging dann zum Veranstaltungsort, um die Absage dort nochmals persönlich bekanntzugeben. Als er sich näherte, nahmen ihn Beamte fest.
Die Republik Kuba hat am 28. Februar 2008 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, der in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit beinhaltet. Die Inhaftierung von Herrn Velázquez verstößt schwerwiegend gegen dieses Menschenrecht. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um auf die Freilassung des Pastors hinzuwirken.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Libanon: Maronitischer Priester ermordet

Beirut (Fides) Pater Samir Mikhael Daou, ein maronitischer Priester aus Ain Jrain im Bezirk Jbeil, wurde am 29. Oktober in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.

Nach Angaben der libanesischen Behörden und Berichten lokaler Medien war der Priester am Nachmittag des 28. Oktober verschwunden. Das letzte Signal seines Mobiltelefons wurde gegen 13 Uhr in der Stadt Jbeil (auch bekannt als Byblos) empfangen, danach war das Gerät ausgeschaltet.

Seine Leiche, mit deutlichen Blutspuren, wurde im zweiten Stock eines ihm gehörenden Hauses in Ain Jrain gefunden.

Der Priester soll erstochen und seiner persönlichen Gegenstände beraubt worden sein, darunter seine Brieftasche, sein Handy und sein Auto.

Die libanesischen Sicherheitskräfte (ISF) haben sofort Ermittlungen aufgenommen, dabei das Material der Überwachungskameras ausgewertet und die Fahrtroute des gestohlenen Fahrzeugs rekonstruiert.

Der Verdacht richtete sich von Anfang an auf einen Saisonarbeiter syrischer Staatsangehörigkeit, der von den lokalen Medien als der 22-jährige Arkan al-Naddaf identifiziert wurde und den Pater Samir zur Hilfe bei der Olivenernte eingestellt hatte. Der Verdächtige wurde von den libanesischen Behörden festgenommen und soll laut Presseberichten das Verbrechen während des Verhörs gestanden haben.

Pater Samir war in den Pfarreien von Hsoun und Ferhet tätig und dafür bekannt, sein Leben dem Dienst an Gott und der Gemeinschaft mit Demut und Liebe gewidmet zu haben. Im Jahr 2023 hatte Pater Daou über die schwierigen Bedingungen geschrieben, unter denen die christlichen Gemeinden in den Bergpfarreien lebten, in denen er gedient hatte – geprägt vom wirtschaftlichen Zusammenbruch, von Abwanderung und den zahlreichen Schwierigkeiten des Alltags.

Pater Daou stammte aus Ain Jrain, war etwa 62 Jahre alt, verheiratet und Vater eines Sohnes und dreier Töchter.

Der maronitische Patriarch Bechara al-Rai verurteilte das, was er als „grausames Verbrechen“ bezeichnete, und forderte die Sicherheits- und Justizbehörden auf, den Vorfall vollständig aufzuklären und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

„Wir fordern die zuständigen Sicherheits- und Justizbehörden auf, die Ermittlungen mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit durchzuführen, die Umstände dieses Verbrechens vollständig aufzuklären, die Wahrheit festzustellen, die Verantwortlichen zu identifizieren und sie vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, die Menschenwürde zu wahren, die Gerechtigkeit zu verteidigen und jeglicher Verletzung der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens ein Ende zu setzen.“

Auch Michel Aoun, maronitischer Eparch von Jbeil, drückte in einer Erklärung sein tiefes Beileid zum Tod von Pater Daou aus. Monsignore Aoun dankte zudem den Sicherheitskräften für ihren Einsatz und forderte die Bevölkerung auf, sich verantwortungsbewusst und besonnen zu verhalten und gleichzeitig die Verbreitung unbestätigter Informationen zu vermeiden.

(L.M.) (Fides 4/11/2026)

Schweiz: Christen setzen Zeichen gegen Antisemitismus

Ökumenischer Impulstag am 9. November in Bern geplant

Bern (IDEA) – Katholiken, Reformierte und Freikirchler in der Schweiz wollen mit einem Impulstag am 9. November in Bern und einer gemeinsamen Erklärung ein öffentliches Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Hintergrund ist die seit dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 verschärfte Lage für Juden – auch in der Schweiz. Von den rund 18.000 bis 20.000 dort lebenden Juden verbergen laut den Initiatoren manche ihre Identität aus Angst vor Stigmatisierung. Die Plattform „Shalom Switzerland“ riefen der katholische Theologe Markus Neurohr, der emeritierte Leiter von Vineyard DACH, Martin Bühlmann, und der reformierte Pfarrer Christoph Monsch ins Leben. Das Datum erinnert an die nationalsozialistische Pogromnacht vom 9. November 1938. „Das Schweigen angesichts des erstarkenden Antisemitismus ist unerträglich“, sagte Monsch gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Unter den Teilnehmern sind den Angaben zufolge unter anderen der reformierte Kirchenratspräsident von Basel-Stadt, Lukas Kundert, und der ehemalige Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, Prof. Thomas Schirrmacher.

Sudan: Kirchengebäude von Abriss bedroht

Eine Gemeinde in Omdurman, Sudan, befürchtet, dass ihr Kirchengebäude aufgrund staatlicher Schikanen und bürokratischer Verzögerungen jeden Moment zerstört werden könnte.

Am 21. Juli erschienen lokale Grundstücksbehörden unangekündigt bei der Sudanese Church of Christ (SCOC) im Al-Murzouq-Viertel und warnten vor einem geplanten Abriss. Sie behaupteten, das Gebäude sei auf offenem öffentlichem Grund errichtet worden und daher illegal, so der Pastor der Kirche. Omdurman ist die Partnerstadt von Khartum auf der anderen Seite des Nils.

Als die Kirchenvertreter rechtsgültige Eigentumsurkunden und Bescheinigungen vorlegten, die Jahrzehnte zurückreichen – das Gebäude wurde Anfang der 1980er Jahre errichtet –, und Einspruch erhoben, wiesen die Beamten sie an, die Unterlagen bei den Grundstücksbehörden in Kereri, Omdurman, einzureichen, so der Pastor der Kirche, Tia Alasara Malasa Kuku.

Nachdem sie ihre Unterlagen in Kereri vorgelegt hatten, verwiesen die Beamten die Kirchenvertreter an das Ministerium für religiöse Angelegenheiten.

„Sie wissen ja, dass es hier schwierig ist, Dinge rund um die Kirchen zu regeln“, sagte Pastor Malasa Kuku. „Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten hat unsere Unterlagen an die Abteilung für Ingenieurwesen und Stadtplanung weitergeleitet, wo sie nun feststecken.“

Die Grundstücksbehörden hatten der Gemeinde zunächst eine Frist von zwei Wochen gesetzt, um die Angelegenheit zu klären. Als diese Frist abgelaufen war, gewährten die Beamten in der ersten Augustwoche eine zusätzliche Verlängerung um eine Woche, sagte er.

Da die offiziellen Unterlagen in der staatlichen Bürokratie feststecken, droht der Kirche der sofortige Abriss ihres Gebäudes, sagte er.

„Der Kirche, die etwa 300 Mitglieder betreut, droht jederzeit ein möglicher Abriss“, sagte Pastor Malasa Kuku. „Die Behörden planen, das Gebäude zu zerstören, mit der Begründung, es sei auf einer öffentlichen Freifläche errichtet worden, wie die Regierung behauptet, aber wir Kirchenführer sagen, dass wir gezielt ins Visier genommen werden.“

Der Sudan hat eine lange Geschichte der routinemäßigen Beschlagnahmung von Kircheneigentum als Teil seiner systematischen Verfolgung von Christen, was Kirchenführer dazu veranlasst, den Behörden systematische religiöse Verfolgung vorzuwerfen.

Im Stadtteil Mayo Angola im Süden von Khartum erhielt ein Standort der Sudan Presbyterian Evangelical Church am 7. Juni eine ähnliche Drohung. Der Planungsleiter des Bezirks Jebel Aulia teilte den Verantwortlichen in Begleitung eines Ingenieurs der Grundstücksbehörde mit, dass ihr Gebäude jederzeit abgerissen werden könne.

Der Beamte der Katasterbehörde sprach eine deutliche Warnung aus, ohne jedoch ein Datum für den Abriss festzulegen; er sagte lediglich: „Seid bereit“.

Die Behörden behaupteten ohne Beweise, das Kirchengebäude sei auf einer Straße errichtet worden – was die Kirchenführer bestreiten – und befinde sich auf einem Grundstück, das nicht für ein religiöses Gebäude ausgewiesen sei. Christen im Sudan beschweren sich seit langem darüber, dass die Behörden sich weigern, Grundstücke für Kirchengebäude auszuweisen, und dies als Vorwand nutzen, um diese abzureißen.

Laut dem „Joshua Project“ sind 93 Prozent der Bevölkerung im Sudan Muslime, 4,3 Prozent bekennen sich zu traditionellen ethnischen Religionen, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Am 8. Juli 2025 rissen die sudanesischen Behörden einen Kirchenkomplex in Khartum-Nord ab. Ohne vorherige Warnung trafen mittags Bulldozer und Lastwagen, begleitet von Polizei und Angehörigen der Streitkräfte, auf dem Gelände der Pfingstkirche im Stadtteil El-Haj Yousif im Bezirk East Nile ein und begannen mit dem Abriss des Kirchengebäudes, wie Quellen gegenüber lokalen Medien berichteten.

Beamte nannten zunächst keinen Grund für den Abriss des Gebäudes, zu dem ein Gottesdienstraum und Verwaltungsbüros gehörten, wie Quellen angaben.

Die Kirche, die der Konfession „Sudan Pentecostal Church“ (SPC) angehörte, hatte das Gebäude laut „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) Anfang der 1990er Jahre errichtet. Christen forderten den sudanesischen Kirchenrat, ein ökumenisches Gremium, auf, die Verletzung der Religionsfreiheit zur Kenntnis zu nehmen.

Berichten zufolge forderten die Behörden vor dem Abriss keine Eigentumsunterlagen für das Kirchengebäude an. Später teilten die Behörden den Kirchenvertretern mit, das Gebäude sei im Rahmen einer Aktion zur Beseitigung „nicht genehmigter“ Gebäude im gesamten Bundesstaat Khartum zerstört worden, so die christliche Hilfsorganisation Open Doors.

Der Sudan belegte auf der „World Watch List“ (WWL) 2026 von Open Doors Platz 4 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein – im Vorjahr lag er noch auf Platz 5. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste herausgefallen, als er erstmals Platz 13 belegte.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der „Countries of Particular Concern“ (CPC), die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder dulden, und stufte das Land auf eine Beobachtungsliste herab. Zuvor war der Sudan von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

Im Dezember 2020 strich das Außenministerium den Sudan von seiner „Special Watch List“.

https://morningstarnews.org/2026/11/church-building-in-omdurman-sudan-threatened-with-demolition/

Syrien: Hilfswerk CSI betreut verlassene Senioren im „Tal der Christen“

Die Betroffenen sind kinderlos oder ihre Kinder sind ausgewandert

Homs/München (IDEA) – Die christliche Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (CSI/München) hilft verlassenen alten Menschen in Syrien. Sie wohnen in abgelegenen Dörfern im „Tal der Christen“, das zwischen Homs und der Hafenstadt Tartus liegt. Hier leben seit fast 2.000 Jahren Christen. Während des syrischen Bürgerkriegs (2011–2024) sind jedoch viele Christen aus dem Land geflohen – insgesamt etwa 1,5 Millionen. Zurück blieben häufig die Senioren. Mehr als 150 von ihnen betreut CSI nach eigenen Angaben im Tal der Christen, weil sie kinderlos oder ihre Kinder ausgewandert sind. Sie wohnten in verfallenen Häusern, ohne Pflege und oft ohne Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten. Am härtesten treffe sie die Einsamkeit. CSI hat deshalb das Projekt „Our Parents“ (Unsere Eltern) gestartet. Junge ehrenamtliche Mitarbeiter besuchten die Senioren in Kafroun und sieben weiteren Dörfern. So bringe die 27-jährige Apothekerin Magda Bedürftigen jeden Monat Medikamente und habe bereits über 100 Menschen versorgt. Das aus Spenden finanzierte Projekt findet in Kooperation mit den Schwestern der Kongregation der Heiligsten Herzen statt. Laut CSI treibt das dschihadistische Regime in Syrien „die Islamisierung des Landes schonungslos voran“. Hinzu komme die angespannte Wirtschaftslage. Die ständig steigenden Energiekosten hätten auch in Syrien zu Verarmung und Elend geführt. Selbst eine Hungersnot sei angesichts wachsender Lebensmittelpreise nicht mehr ausgeschlossen. Geschäftsführer der Organisation ist der katholische Pfarrer Peter Fuchs. Nach Schätzungen leben noch rund 300.000 Christen in dem Land mit 26,8 Millionen Einwohnern.

Syrien: Lehrpläne werden islamistisch umgestaltet

Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor Indoktrination an Schulen

Göttingen/Damaskus (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV/Göttingen) hat sich besorgt über die Umgestaltung der Lehrpläne an syrischen Schulen geäußert. Die Bildungseinrichtungen würden umfassend neu strukturiert und ideologisch vereinnahmt, zudem werde eine sunnitisch-islamistische Weltanschauung vermittelt, teilte der Nahostreferent der Gesellschaft, Kamal Sido, mit: „Für ein pluralistisches, demokratisches Syrien macht das wenig Hoffnung." Die Machthaber in Damaskus fühlten sich mit Unterstützung der USA, der türkischen Regierung unter Recep Tayyip Erdogan, Deutschlands, Katars sowie Russlands „fest im Sattel" und forcierten nun, was praktisch alle diktatorischen Regime vor ihnen getan hätten: die Umgestaltung der schulischen Lehrpläne nach ihren ideologischen Vorstellungen.

Islamistische Dogmen statt naturwissenschaftlicher Erkenntnisse

So würden naturwissenschaftliche Erkenntnisse in den Lehrplänen und Schulbüchern nur noch eingeschränkt wiedergegeben. Stattdessen rückten islamistische Dogmen in den Vordergrund, während Minderheiten und Frauen durch negative Bilder oder Nichtnennung aus dem Blickfeld gedrängt würden. „Wichtige Symbole, die mit der Geschichte und dem nationalen Erbe der Assyrer-Aramäer, der griechisch-römischen Vergangenheit und der Christenheit zusammenhängen, werden aus den Lehrplänen und Büchern entfernt oder verschwiegen", so Sido. Auch historische Kunst werde zensiert. In den Schulbüchern würden Frauen ohne Kopftuch zunehmend durch Frauen mit Kopftuch oder Vollverschleierung ersetzt. Der syrische Machthaber Ahmed al-Scharaa und seine Regierung wollten die heranwachsende Generation ihrer Ideologie entsprechend indoktrinieren, kritisierte Sido. Für eine nachhaltige Zukunft Syriens seien jedoch wissenschaftlich fundierte Lehrpläne erforderlich, die Toleranz förderten und alle Teile der Gesellschaft, alle Sprachen, Ethnien und Religionsgemeinschaften, insbesondere die christlichen, gleichermaßen repräsentierten.

Ukraine: Russischer Raketenangriff auf Kiew – Büro der ukrainischen IGFM-Sektion beschädigt

Die IGFM verurteilt die kontinuierlichen Angriffe Russlands auf ukrainische Städte und warnt vor Legitimierung russischer Gewalt

(IGFM) Frankfurt am Main/Kyjiw, 30. Oktober 2026 – In der Nacht zum Freitag ist die Ukraine erneut Ziel schwerer russischer Raketenangriffe geworden, über 20 Menschen wurden bei den Angriffen im ganzen Land getötet. Die Druckwelle einer Explosion beschädigte auch das Gebäude der ukrainischen IGFM-Sektion in der ukrainischen Hauptstadt. Mindestens ein Mensch kam bei diesem Angriff ums Leben, ein weiterer wurde verletzt. Alle Mitarbeiter des IGFM-Teams sind unverletzt, die zerstörte Eingangsfront ist heute Morgen bereits mit Spanplatten repariert worden. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) verurteilt die kontinuierliche Zerstörung ukrainischer Städte durch russische Angriffe und warnt davor, dass „Verhandlungen“ mit Putin-Russland nicht dazu führen dürfen, dass die russische Aggression nachträglich legitimiert wird.

„Der Angriff ist ein weiterer Beleg dafür, dass Russland seinen Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung unvermindert fortsetzt. Während international über mögliche Friedensverhandlungen gesprochen wird, werden ukrainische Städte weiterhin regelmäßig mit Drohnen und mit ballistischen Raketen angegriffen. Dieser Angriff zeigt einmal mehr, wie wenig die russische Kriegsführung zwischen militärischen und zivilen Lebensbereichen unterscheidet. Wir sind unendlich erleichtert, dass unsere Kollegen diese Nacht unverletzt überstanden haben. Unsere Gedanken sind bei ihnen und bei allen Menschen, die in dieser Nacht Angehörige oder ihr Zuhause verloren haben“, kommentiert Valerio Krüger, Sprecher des Vorstands der IGFM.

Keine Zugeständnisse auf Kosten der Menschenrechte und der Sicherheit

Seit Beginn der Vollinvasion im Februar 2022 werden Wohngebäude, Krankenhäuser, Kraftwerke und andere zivile Einrichtungen in der gesamten Ukraine durch russische Angriffe zerstört und die Leben unzähliger Ukrainer gewaltsam beendet und unwiderruflich verändert.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) verurteilt diese Angriffe sowie die Verbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung in der Ukraine und insbesondere in den besetzten Gebieten auf das Schärfste. Ein „Frieden“, der durch Druck auf die angegriffene Ukraine, territoriale Zugeständnisse oder die Preisgabe grundlegender Menschenrechte und Sicherheitsinteressen erzwungen wird, kann keine tragfähige Lösung sein. Verhandlungen dürfen nicht dazu führen, dass die russische Aggression nachträglich legitimiert oder die Verantwortung für den Krieg relativiert wird, so die Menschenrechtsorganisation.

Die IGFM steht solidarisch an der Seite ihrer ukrainischen Kollegen und wird ihre Menschenrechtsarbeit fortsetzen. Die Beschädigung des Büros wird die Organisation nicht davon abhalten, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, Gerichtsverfahren vor dem Obersten Antikorruptionsgericht zu überwachen, Betroffene mit Humanitärer Hilfe zu unterstützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die IGFM steht an der Seite der Ukraine, die sich und alle von Russland bedrohten Staaten gegen die russische Aggression verteidigt.

Weltweit: Verstöße gegen Religionsfreiheit nehmen deutlich zu

Religionsbeauftragter Rachel warnt vor deutlicher Zunahme der Verstöße

IIRF-D/proMagazin/Tübingen-Berlin/ - 05/11/2026 - Weltweit nehmen die Verstöße gegen die Religionsfreiheit deutlich zu. Das erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), am Mittwoch bei der Vorstellung der Jahrbücher Religionsfreiheit von IIRF in Berlin. Als Ursache nannte Rachel eine „massive Zunahme" autoritärer Staaten, die Kontrolle ausüben wollten – auch über die Religion und ihre Ausübung. Religionsfreiheit sei ein Gradmesser: Wo sie fehle, würden auch andere Menschenrechte verletzt.

Besuch bei den Opfern des Anschlags in Jordanien

Wenige Stunden vor der Pressekonferenz hatte Rachel in Jordanien die Angehörigen der Opfer des islamistischen Anschlags vom 20. Oktober auf die christliche Gemeinde in Hammoud besucht (wir berichteten). Bei dem Anschlag kamen neun Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt; versammelt waren mehr als 250 Gläubige. Dass es nicht noch mehr Opfer gab, sei „ein Stück Gottesführung" und dem besonnenen Handeln der Gläubigen zu verdanken, so Rachel.

Nicaragua, China und Pakistan im Fokus

Als „skandalös" bezeichnete Rachel die Lage der Christen in Nicaragua. Geistliche wie Laien würden überwacht, verfolgt und unterdrückt, kirchliche Vertreter ausgewiesen und kirchliche Einrichtungen geschlossen. Mit Blick auf China beklagte der Beauftragte eine „Sinisierung" der Religionen, die sich der chinesischen Mehrheitsgesellschaft anpassen müssten. Auch die Situation der Christen in Pakistan sprach er an.

Verfolgte Frauen stärker in den Blick nehmen

Die Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat, Gudrun Kugler, forderte, verfolgte Frauen stärker in den Blickpunkt zu rücken. Frauen seien in besonderem Maße von Diskriminierung und Verfolgung aufgrund ihres Glaubens betroffen – und diese Verfolgung habe eigene Formen, vor allem sexuelle Gewalt und Zwangsheirat. Vergewaltigung werde oftmals systematisch eingesetzt, um Traumata an nachfolgende Generationen weiterzugeben.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]